

# Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 161

Mittwoch, den 11. Juli 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- Im Reichstag brachte Reichsinnenminister Severing den Antrag des Reichsrats über den Verfassungstag ein.
- Der Preussische Landtag wählte am Dienstag in langwierigen namentlichen Abstimmungen sein Präsidium.
- Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags machte Reichsarbeitsminister Wiffell bemerkenswerte Ausführungen über die Krisenfürsorge.
- Ueber die Verteilung des Notprogramms ist eine Denkschrift des Reichs Ernährungsministeriums ausgearbeitet worden.
- Die französische Kammer hat sich bis in den Oktober vertagt.

## Debatte über den Verfassungstag.

Die Parteien äußern ihre Meinungen.

Bei der gestrigen Eröffnung der Reichstagsitzung war Reichsfinanzminister Müller und einige Mitglieder des Kabinetts anwesend. Es kam zunächst zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Kommunisten Stöcker und dem Sozialdemokraten Heilmann wegen Einberufung des Haushaltsausschusses bezüglich des Panzerkreuzers.

Auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag, wonach der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag erklärt werden soll. Mit der Beratung verbunden werden Anträge der Kommunisten über den 1. Mai und der Deutschnationalen über den 18. Januar und über die Regelung der christlichen Feiertage.

### Reichsinnenminister Severing.

leitete die Beratungen ein und hat als Mittler zwischen Reichsrat und Reichstag um die Zustimmung des Reichstags zu der Vorlage. Er gab dann einen historischen Überblick über die Forderung des Verfassungstages und erinnerte daran, daß vor genau sechs Jahren ein Initiativantrag zur Frage des Verfassungstages gescheitert sei. In den verfloßenen sechs Jahren habe aber doch der Gedanke des Nationalfeiertages im Volke Wurzel geschlagen. Der Reichstag habe nur noch den bereits eingetretene Zustand gesetzlich zu sanktionieren. Gewiß sei es mißlich, daß der 11. August in den meisten deutschen Ländern in die Zeit der Schulferien falle, und daß dieser Tag in landwirtschaftlichen Gegenden, da er in die Erntezeit falle, störend wirken könne. (Sehr wahr! rechts.) Wenn auch diese Einwände an sich gewiß berechtigt seien, so liege doch die Möglichkeit vor, durch polizeiliche Vorschriften für Erntemaßnahmen Ausnahmemaßnahmen zu erlassen. Darüber aber, ob dem 11. August auch die Bedeutung eines Feiertages zukomme, müßten Zweifel wohl verstimmen. Der 11. August habe das vollendet, was der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte begonnen habe. Gewiß sei noch vieles erst herbeizuführen, was in der Verfassung stehe. Die Bismarcksche Verfassung sei auch nicht aller staatspolitischen Weisheit letzter Schluß gewesen. Jede Verfassung werde Mängel aufweisen. Ueber viele Schwierigkeiten habe uns die Verfassung schon hinweggeholfen. Immer hätten Beamte, Arbeiter und Angestellte in der ersten Reihe gestanden, wenn es galt, Deutschland zu verteidigen. Die Frage, ob nicht der Tag der endgültigen Rehe in Landräumung als Nationalfeiertag einzusehen sei, verneint der Minister. Er wendet sich auch gegen den 18. Januar, dessen große geschichtliche Bedeutung der Reichsgründung er nicht verkenne. Auch der 9. November eignet sich nicht als Nationalfeiertag. Dieser Tag sei kein Bastillensturm gewesen, sondern er habe den Zusammenbruch des alten Systems gebracht. Der 11. August aber sei der Tag des deutschen Zukunftsglaubens und des nationalen Selbstvertrauens. Ein Volk, das seine Verfassung ehrt, ehrt damit sich selbst. (Beifall b. d. Sog.)

### Abg. Sömann (Sog.)

wies darauf hin, daß die dynastische Zerissenheit des Kaiserreichs keinen nationalen Feiertag zugelassen habe. Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung, der von manchen Seiten als Nationalfeiertag gewünscht werde, sei für diesen Zweck unmöglich. Der 1. Mai sei der internationale Tag der Arbeiterklasse, und es widerspreche seinem ganzen Gedanken, ihn von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit zum Feiertag machen zu lassen. Weil wir die Republik zum Volksstaat gestalten wollen, rufen wir das Parlament auf, den Geburtstag der Republik zum Volkstag der Nation zu erheben.

### Abg. Schlange-Schönigen (Dnat.)

bestritt, daß der Verfassungstag breitesten Kreisen und dem Herzen des Volkes entspreche. Die Meinung des Ministers über die Stimmung des Volkes scheine allzusehr vom Reichsbanner beeinflusst zu sein. Es wäre dienlicher für die Selbstbestimmung und würdiger vor dem Auslande, statt des Feiertages einen Volkstrauertag einzusetzen. Der

unter dem Motto stehen müßte: Was wir verloren haben, soll nicht verloren sein! (Zurufe links: 20. Mai!) Der 18. Januar könnte trotz der geänderten Staatsform als Nationalfeiertag gelten. Am 9. November begann der Niedergang, der am 11. August noch nicht einmal abgeschlossen war. Auf einen Zuruf der Linken, für welche ein Teil der Fraktion er eigentlich spreche, erwidert der Redner: Wir sind vom ersten bis zum letzten Mann einig über die großen Ziele und Fragen, die uns zusammengeführt haben. Man wird uns aber gestatten, daß wir in uns selber um die Probleme ringen. Wir betrachten es als besonders großen Vorzug, daß wir Deutschnationale das Leben und die Kraft haben, über diese Probleme zu reden.

### Reichsinnenminister Severing

erklärte hierauf, daß eine gewisse wirtschaftliche Depression nicht geleugnet werden könne. Wenn die Deutschnationalen Schutz für die schwarz-weiß-roten Farben forderten, müßten sie sich zunächst den Reichsfarben gegenüber tolerant zeigen.

### Abgeordneter Bell (Ztr.)

brachte die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion für die Einsetzung eines Verfassungstages zum Ausdruck. Unter den gegebenen Verhältnissen sei eine gesetzliche Regelung gerechtfertigt. Zwar müsse seine Fraktion gewisse Bedenken, besonders bezüglich der Erntezeit, geltend machen, doch werde sie keine Schwierigkeiten bereiten. Er beantrage die Verweigerung der Vorlage an den Rechtsausschuß. Nach dem Kommunisten Dietrich ergriff

### Abgeordneter Moldenhauer (DNP)

das Wort und betonte die Notwendigkeit, daß sich Deutschland zu einer Nation gestalte. Ohne Bismarck könnte dieses Reich nicht bestehen. Er sei dafür, daß der Verfassungstag festlich begangen werde, aber er müsse vom ganzen Volk einig empfunden werden. Dies sei bei dem 11. August nicht der Fall. Geeigneter sei schon, den Tag als Verfassungstag zu wählen, an dem das gesamte besetzte Gebiet endgültig befreit werde.

Nach dem Abgeordneten Dr. Kütz (Dem.), der sich Zustimmung zu der Vorlage äußerte und dies begründete, bedauerte der Abgeordnete Gräfe (Wirtsch. Ver.) die Einbringung der Vorlage. Gegen den Verfassungstag sprächen schon allein wirtschaftliche Rücksichten und die Notlage unseres Volkes. Man solle jedoch den Bußtag als allgemeinen Volkstrauertag einsetzen.

Schließlich wurde die Vorlage mit 214 gegen 136 Stimmen an den Rechtsausschuß überwiesen.

## Wahl des Präsidiums in Preußen.

Endlose namentliche Abstimmungen.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag die Wahl des Präsidiums vor. Infolge eines nationalsozialistischen Widerspruches gegen den Vorschlag des Vizepräsidenten Schwenk, die endgültige Wahl des Präsidiums durch Zuzuführung vorzunehmen, erfolgt diese Wahl durch mit Namensaufruf verbundene Zettelabgabe.

Nach endlosen namentlichen Abstimmungen wurde der Sozialdemokrat Bartel zum Präsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde der Deutschnationale v. Krieger, zweiter der Zentrumsgewählte Pfordt und dritter der Abgeordnete Wiemer von der Deutschen Volkspartei. Bei Wiemer war eine Stichwahl notwendig gewesen.

Das Haus beschäftigte sich dann mit den Unwetterschäden und trat hierauf in die Beratung des Gesetzes über die Einverleibung Waldes ein.

## Die Verteilung des Notprogramms.

Denkschrift des Reichs Ernährungsministeriums.

In den nächsten Tagen wird das Reichs Ernährungsministerium des Reichstags eine umfangreiche Denkschrift über die Durchführung des Notprogramms übermitteln. Sie enthält eine genauere Auskunft über die Gelder, wie sie bisher noch nicht mitgeteilt werden konnte.

Von den 8 Mill. RM. Beihilfen für die Vieh- und Fleischwirtschaft sind 1 Mill. RM. für spezielle Entlastung des Inlandsmarktes bestimmt, Vereinbarungen über deren Verwendung wurden mit den Zentrale für genossenschaftliche Viehverwertung und der Bayerischen Viehverwertung in München getroffen. 2,08 Mill. RM. weitere Mittel dienen zum Ausbau der Einrichtungen der vereinigten Viehschlachtkommissionen, 2,25 Mill. RM. zur Zinsverbilligung, 850 000 RM. zur Schweinezucht- und Schweinemast (Verluchts-Anstalten usw.) und der Rest von 1,65 Mill. RM. als Sicherheitsrücklage für evtl. Reichsgarantie.

Für die 22 Mill. RM. weitere Kreditgarantien sind zirka 6 Mill. RM. für die bekannten Fleischwarenfabriken ausgelegt, 1 Mill. RM. nämlich für die Fabrik in Schleswig und 4 Mill. RM. für die Königsberger Fabrik. Mit dem Vollbetrieb dieser neuen Anstalten soll bereits im Oktober und November begonnen werden können. Für die großen zentralen Viehschlachtkommissionen stehen 12,6 Mill. RM.

Kredite zur Verfügung, bekanntlich ist von den Genossenschaften zu diesem Zweck die Einheitsorganisation errichtet worden. 1 Mill. RM. sind für die Errichtung von Fettverwertungseinrichtungen in Hamburg und Berlin vorgesehen.

Die 30 Mill. RM. zur Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse sind wie folgt verteilt: 10,95 Mill. RM. für Milch und Molkereierzeugnisse, 3 Mill. RM. für Eierverwertung, 8 Mill. RM. für Gemüse und Obst, 6 Mill. RM. für Kartoffelverwertung, je 0,50 für Saatgut, Pferdeabfah, Zuchtvieh, 0,30 für die Binnenfischerei und 0,25 für Tabakförderung. Diese Mittel dienen in der Hauptsache als Zuschüsse zur Herabsetzung der Zinsen für Kredite, speziell für Betriebskredite; in besonderen Fällen können auch daraus Beihilfen zur Erleichterung von Neuanlagen, neuen Einrichtungen usw. gegeben werden. Als direkte Darlehen sollen die letztgenannten Mittel nur in ganz seltenen Fällen zur Verteilung kommen.

## Innenpolitische Lage.

Flaggen-Debatte von der Tagesordnung abgesetzt. — Keine Regierungsumbildung vor den großen Ferien.

Der Aelterenrat des Preussischen Landtags hat gestern die Debatte über die Flaggenvorlage von der Tagesordnung abgesetzt. Hierzu wurde erklärt, daß es nicht mehr nötig sei, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, weil der Verfassungstag doch wahrscheinlich im Reichstag angenommen würde. Wenn dies nicht der Fall sein sollte so wird erklärt, will man für den kommenden 11. August eine besondere Flaggenverordnung erlassen, die nur für diesen Tag Gültigkeit habe und die durchaus verfassungsrechtlich sei.

Wie zuverlässig verlautet, wird die Frage der Regierungsumbildung in Preußen in dieser Sitzungsperiode nicht mehr angeschnitten. Es ist also mit dem Fortbestehen der gegenwärtigen Regierungszusammensetzung bis zum Spätherbst zu rechnen.

## Bedrohliches Nachlassen der Konjunktur.

Reichsminister Wiffell über die Krisenunterstützung.

Im Sozialen Ausschuss des Reichstages erklärte am Dienstag Minister Wiffell, allgem. bestehe der Eindruck, daß die Wirtschaftskonjunktur einen Rückgang erfahren habe, der sich zwar noch in erträglichen Grenzen halte, aber doch ernste Beachtung verlange. Man müsse mit Sorge der Entwicklung im Herbst und Winter entgegensehen, wenn die saisonmäßige Verschlechterung mit dem Nachlassen der Konjunktur zusammentreffe.

Der Minister betonte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt die Grundzüge des Erlasses vom 23. März bis auf weiteres festgehalten werden könnten. Es scheine ihm nicht mit dem Gesetz vereinbar, schon heute die Krisenunterstützung für sämtliche Berufe einzuführen. Er werde Anträge auf Zulassung weiterer Berufsgruppen weitherzig prüfen. Die Fabrikarbeiter wolle er unter den Voraussetzungen des Erlasses vom 23. März schon jetzt allgemein in die Krisenunterstützung aufnehmen.

Er sei weiter bereit, die Verordnung über Krisenunterstützung dahin zu ändern, daß älteren Arbeitnehmern in Härtefällen die Krisenunterstützung bis zur Höchstdauer von 52 Wochen gewährt werden kann. Weiter wolle er die Vorschriften über die Bedürftigkeit nachprüfen und endlich alle Maßnahmen nachdrücklich fördern, die geeignet sind, die Krisenunterstützten und die ausgesteuerten Arbeitslosen zur Arbeit zurückzuführen.

Nach kurzer Aussprache wurden von den die Regierung stützenden Parteien zwei Entschlüsse angenommen, die eine Verbesserung in der Handhabung der Krisenunterstützung und eine Erleichterung der Notstandsarbeiten fordern. In der Krisenunterstützung wurde besonders die schwere Notlage der Gruppe der sogenannten Lohnarbeiter wechselnder Art und die der älteren Arbeitnehmer besprochen. Bei den Notstandsarbeiten wurde auf die Verlängerung der Fristen für die Beschäftigung der Notstandsarbeiter hingewiesen und verlangt, mehr als bisher auch die Ausgesteuerten und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in die Notstandsarbeiten mit einzubeziehen.

## Kammerfinale in Frankreich.

Poincaré demarkiert seine Elsaß-Politik.

Die französische Kammer hat ihren ersten Tagungsabschnitt beendet. Die nächste Periode wird erst im Oktober beginnen. Kurz vor Lozesitzung wurde die Wohnungsbauvorlage Loucheurs, die so viele Kämpfe heraufbeschworen hatte, nach einigen Änderungen fast einstimmig angenommen. Damit hat die Kammer ein großzügiges Milliarden-Bauprogramm für die nächsten Jahre genehmigt.

In der Nachmittagsitzung kam es während der Beratung des Gesetzentwurfes über die Verleugung des Ap-